

Hans-Jürgen Urban

Hochschule zwischen induzierten Marktzwängen und kritischer Wissenschaft

Hochschulen wie Hochschulpolitik stehen in der Kritik. Mehr als zehn Jahre nach Einführung der gestuften Studiengänge und nach vielen Protesten von Studierenden und Lehrenden ist trotz einiger Korrekturen der Kultusminister noch immer zu kritisieren, dass Studienprogramme häufig überladen und Studieninhalte oft zu sehr auf die unmittelbare Verwertung auf dem Arbeitsmarkt bezogen sind. Zwar sind bis auf drei Bundesländer nach massiven Protesten und auf der Basis anderer politischer Mehrheitsverhältnisse Studiengebühren wieder abgeschafft worden; doch die finanzielle Belastung der Studierenden ist nach wie vor hoch und Ankündigungen, die Gebühren wieder einzuführen, ebbten nicht ab. Die Sozialerhebung der deutschen Studentenwerke beklagt regelmäßig die soziale Selektion an der Schwelle zur Hochschule. Gerade Universitäten bauen einen enormen Widerstand gegen StudienanfängerInnen des Dritten Bildungsweges auf.

Der „europäische Hochschulraum“ wird von großen Teilen der Politik nahtlos in die seit Lissabon offensichtliche Politik der Europäischen Kommission integriert, Europapolitik dominant als Wettbewerbspolitik zu betreiben. Die Exzellenz-Initiativen der Bundesregierung haben auf dem Feld der Hochschulfinanzierung zu einem noch stärkeren Ungleichgewicht zwischen den Hochschulen geführt. Die Hochschullandschaft spaltet sich zunehmend in den kleinen Kreis der „Exzellenz-Universitäten“ und die Gruppe „der Anderen“, die umgehend von Anerkennungsverlusten mit entsprechenden negativen Folgen bedroht sind. Die inzwischen von breiten Kreisen der Politik zumindest in Bezug auf Bildung als gescheitert angesehene Föderalismusreform hat zu einem kleinstaatlichen Flickenteppich geführt, der den Wechsel zwischen Universitäten in Hamburg und München schwieriger gestalten kann als zwischen Berlin und London. Die Novellierungen der Landeshochschulgesetze wurden von den meisten Landesregierungen genutzt, um das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen grundlegend neu zu ordnen. Dabei wurden über Instrumente des „New Public Management“ Steuerungsprinzipien und Wettbewerbselemente in die Hochschulen implementiert, die sich an der Logik der Privatwirtschaft und nicht der des wissenschaftlichen Feldes orientieren.¹ Unterlegt und massiv gefördert werden diese Entwicklungen u.a. durch die Lobbyarbeit des Stifterverbandes, der über das Forum der Vorsitzenden der Deutschen Hochschulräte jüngst wieder in die Debatte eingegriffen hat.²

Hochschulpolitische Positionierungen

¹ Siehe dazu etwa Klaus Dörre/Matthias Neis, Das Dilemma der unternehmerischen Universität. Hochschule zwischen Wissensproduktion und Marktzwang. Berlin 2010.

² Hochschulräte als Organe einer autonomen Hochschule, Positionspapier der Vorsitzenden deutscher Hochschulräte, in: www.stifterverband.info/wissenschaft_und_hochschule

Angesichts dieser Entwicklungen, die nach Auffassung der Gewerkschaften letztlich die Existenz einer pluralen, kritisch-reflexiven und aufklärerischen Wissenschaft gefährden, wurde Anfang 2010 von der Hans-Böckler-Stiftung, den Gewerkschaften und einer Reihe von WissenschaftlerInnen ein Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule entwickelt.³ Nahezu zeitgleich und in Reaktion darauf veröffentlichten auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ihr Leitbild „Hochschule der Zukunft“.⁴

Diese und von anderen gesellschaftlichen Gruppen veröffentlichte Leitbilder zur Hochschulpolitik bringen zweifelsohne spezifische soziale Interessen zum Ausdruck, die Grundlage der jeweiligen hochschulpolitischen Positionierung darstellen. Dabei läuft das Leitbild von BDI und BDA im Kern auf ein Programm zur weiteren Ökonomisierung der Hochschulen hinaus. Es bezieht sich auf wesentliche programmatische Schriften des Centrums für Hochschulentwicklung und des Stifterverbandes der Deutschen Wirtschaft zur „deregulierten“ oder „unternehmerischen“ Hochschule. „Da die Hochschule unternehmerisch handelt, versteht sie die Prozesse und die Sprache der Unternehmen und kann überzeugend zum Unternehmertum motivieren.“⁵ Die „Hochschule im Wettbewerb“, so die Klassifizierung von Peer Pasternack und Carsten von Wissel, behauptet sich in der Konkurrenz um Personal, Studierende und Mittelausstattung und punktet auf einem – in Teilen noch simulierten – Bildungsmarkt mit nachfragerträchtigen Bildungsprodukten um Platzierungen in diversen Rankings⁶. Insgesamt lassen sich die folgenden Instrumente einer forcierten Ökonomisierungsstrategie benennen, die zugleich auf die zentralen Dimensionen des Prozesses verweisen:

1. Die Einführung neuer Methoden des Hochschulmanagements;
2. die Etablierung eines „wettbewerblichen Finanzierungsmodells“ zwischen und in den Hochschulen;
3. ein weitgehend affirmatives Wissenschaftsverständnis sowie
4. die sich auf die Fachkräftemangeldebatte und den demografischen Wandel beziehende Forderung nach der „Mobilisierung aller Bildungsressourcen“.

Zweifelsohne bündeln sich die Forderungen der Arbeitgeber zur Zukunft der Hochschulen in dem strategischen Ziel einer umfassenden „ökonomischen Modernisierung“ der Hochschullandschaft. Diese Zielsetzung verdrängt mitunter den traditionellen Standesdünkel einer durchaus noch existenten konservativen Hochschullehrerschaft. An seine Stelle tritt jedoch zunehmend ein neuer „Drittmitteldünkel“, der sich als Bestandteil eines neuen

³ Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft. Düsseldorf 2010

⁴ BDA/BDI (Hg.), Die Hochschule der Zukunft. Das Leitbild der Wirtschaft, o.O., Februar 2010

⁵ Ebd., S 9.

⁶ Vgl. Peer Pasternack, Carsten von Wissel, Programmatische Konzepte der Hochschulentwicklung in Deutschland seit 1945, in Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Expertisen für die Hochschule der Zukunft, Bad Heilbronn 2012, S. 48

hochschulpolitischen Leitbildes Geltung verschafft. Dieser neue Dünkel erweist sich durchaus als kompatibel mit einem wissenschaftspolitischen Konzept, das – eher implizit, dafür aber umso konsequenter - die Hochschule zur „unternehmerischen Universität“⁷ werden lässt, in der überzogenes Wettbewerbsdenken und bürokratische Standardisierungen in Lehre und Forschung zunehmend Freiräume für kreatives und kritisches Denken blockieren und damit die Voraussetzungen für wissenschaftliche Innovationen und Kritik erodieren. Kurzum: Obwohl das Projekt einer ökonomischen Modernisierung der Hochschullandschaft in seiner produktiven Spielart durchaus Anknüpfungspunkte für gemeinsames Handeln unterschiedlicher gesellschaftlichen Gruppen bereit hielte, läuft es in seiner gegenwärtig dominierenden Variante vor allem darauf hinaus, den Raum für kritisch-emanzipative Wissenschaft und wissenschaftliche Innovationen einzuengen. Eine Entwicklung, der sich die Gewerkschaften dezidiert entgegen zu stellen haben. Ob es also zu Kompromissen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in diesem Politikfeld kommt, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die Potenziale einer sinnvollen Modernisierung erschlossen werden können, oder ob sich die gegenwärtige Entwicklung der Subordination von Wissenschaft unter zweifelhafte wirtschaftliche Interessen und politisch inszenierte Marktzwänge beschleunigt.

Essentials der gewerkschaftlichen Positionierung

Für die Gewerkschaften leitet sich die Autonomie des Wissenschaftlers und die der Institution Hochschule nicht aus einem marktlich gestalteten Wettbewerbsmodell ab. Solcher Art reduzierte Autonomie würde aus dem wissenschaftlichen Handeln von Individuen und Institutionen das Handeln von Wirtschaftssubjekten machen. Im Verständnis der Gewerkschaften liegt „der gesellschaftliche Kern der Wissenschaftsfreiheit in ihrem Beitrag zu einer humanen, toleranten und vernunftgeleiteten sozialen gerechten, friedlichen und demokratischen Welt.“⁸ Nur kritische und aufklärerische Wissenschaft kann soziale Fehlentwicklungen erkennen und einen Beitrag zur sozialen und demokratischen Entwicklung der Gesellschaften leisten. Hochschulen spielen in diesem Sinne etwa eine wichtige Rolle für die Etablierung einer nachhaltigen Ökonomie und für die Schaffung sinnvoller Erwerbsarbeit. Wissenschaft benötigt den kritischen Blick auf eine Arbeitswelt, die durch zunehmende Prekarisierung, hohe gesundheitliche Belastungen und unverantwortlich hohe Erwerbslosigkeit in Europa geprägt ist. In diesem Sinne sind folgende Eckpunkte eines kritischen Wissenschaftsverständnisses von besonderer Bedeutung:

- Kritische Wissenschaft ist ohne Partizipation nicht denkbar. Ohne demokratische, d.h. auf weitgehende Selbstverwaltung und Mitbestimmung beruhende Strukturen kann kaum ein Beitrag der Hochschulen für die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft erwartet werden. Weder die „Vermarktlichung“ der Strukturen noch eine Rückkehr zu staatlicher Detailsteuerung werden den Erfordernissen gerecht. Im Verhältnis zwischen Hochschulen

⁷ Klaus Dörre/Matthias Neis, Das Dilemma der unternehmerischen Universität. Hochschule zwischen Wissensproduktion und Marktzwang. Berlin 2010.

⁸ Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft, Düsseldorf 2010, S.11

und Staat kann sich Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung nur etablieren, wenn der Staat seine Akteursrolle diskursiv definiert und mit Blick auf die institutionellen Rahmenbedingungen und die materiellen Ressourcen Verantwortung übernimmt.

- Zur Verantwortung des Staates gehört demnach auch, die Grundausrüstung der seit den siebziger Jahren strukturell unterfinanzierten Hochschulen so zu bemessen, dass Forschung, Lehre und Weiterbildung in qualitativer Weise ohne zusätzliche Mitteleinwerbung und der damit verbundenen Interessenkollisionen praktisch werden können. Die Gewerkschaften setzen sich deshalb für eine verlässliche und bedarfsdeckende Grundfinanzierung der Hochschulen ein. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Forschung müssen dauerhaft an den von der Bundesregierung in Aussicht gestellten 10 Prozent des BIP ausgerichtet werden.
- In den Hochschulen muss jedwede „Professionalisierung“ des Hochschulmanagements mit der Erweiterung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte der verschiedenen Statusgruppen einhergehen. Nur eine demokratisch verfasste Hochschule, welche die Selbst- und Mitbestimmungsrechte ihrer Angehörigen achtet, kann ihrer Aufgabe in einer demokratischen Gesellschaft gerecht werden. Deshalb fordern die Gewerkschaften, dass die Aufgaben und die Zusammensetzung der Hochschulräte verändert werden. Entlang des Modells der Kuratorien nach dem Berliner Hochschulgesetz fordern sie pluralistisch und nach dem Entsenderecht zusammengesetzte Gremien, deren Hauptfunktion auf die Beratung der Hochschulen in strategischen Fragen reduziert werden soll.

Hochschule als wissenschaftliche Ausbildungsinstitution

Vor dem Hintergrund veränderter Arbeitsmärkte nehmen die Arbeitgeber Hochschulen nicht zuletzt als bedeutende wissenschaftliche Ausbildungsinstitutionen wahr. Für BDI und BDA sind größere Schritte hinsichtlich einer Verbesserung der sozialen Durchlässigkeit der Hochschule, der Qualität von Lehre und Studium, der praktische Anerkennung von beruflich erworbenen Kompetenzen und der Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung notwendig.⁹ Dies trifft sich auf der Forderungsebene durchaus mit Vorstellungen der Gewerkschaften. Zu den Gemeinsamkeiten zählt auch das Engagement für die Forderung, Bewerberinnen und Bewerbern des sogenannten Dritten Bildungsweges mehr Chancen an den Hochschulen einzuräumen. Und im Zuge der Verhandlungen um den Deutschen Qualifikationsrahmen ist es Arbeitgebern und Gewerkschaften gemeinsam gelungen, einen am Ende auch von den Hochschulen akzeptierten Kompromiss durchzusetzen. Dort haben der DIHT und der DGB mit gemeinsamen Formulierungsvorschlägen zu dem Kompetenzbegriff und zu den Kompetenzebenen des Deutschen Qualifikationsrahmens maßgeblich dazu beigetragen, auf den Ebenen sechs bis acht mehr Gleichwertigkeit zwischen den Abschlüssen der beruflichen Fortbildung und den akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master, Promotion) herzustellen und die Bedingungen für mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung zu verbessern.

⁹ Vgl. BDA/BDI (Hg.), Die Hochschule der Zukunft. Das Leitbild der Wirtschaft, o.O., Februar 2010, S. 16ff

Die arbeitgeberseitige Forderung nach mehr sozialer Durchlässigkeit wird wesentlich aus einer unternehmerisch-ökonomischen Perspektive formuliert. Priorität hat, jegliches vorhandene „Humankapital“ zu mobilisieren und für die Wirtschaft zu erschließen. Sie zielt vorrangig darauf etwaige bestehende formal-rechtliche Schranken zu beseitigen.¹⁰ Die Frage nach weiterhin bestehenden sozialen Ungleichheiten und ihrer Bedeutung für die Herstellung von mehr Chancengleichheit wird demgegenüber kaum thematisiert. Da die soziale Frage, also die nach der Verfügung über materielle Ressourcen, im Arbeitgeber-Leitbild unterbelichtet bleibt, wird ihr auch kein Ort auf der bildungspolitischen Agenda zugewiesen. Statt einer gesellschaftlichen Bearbeitung des Problems läuft dies letztlich auf die Individualisierung der Problemlage hinaus. Ein Blick auf die Daten fördert jedoch den bildungs- und sozialpolitischen Handlungsbedarf in diesem Feld zu Tage: Der Anteil von Studierenden aus Facharbeiterhaushalten ist von 42 Prozent im Jahr 1985 auf 28 Prozent im Jahr 2009 kontinuierlich gesunken, während der Anteil studierender Kinder von Eltern mit Hochschulabschluss im gleichen Zeitraum von 36 auf 51 Prozent gestiegen ist. Von 100 Kindern aus sog. Nichtakademikerhaushalten gelangen nur 26 Kinder an eine Hochschule.¹¹

Zweifelsohne hat soziale Ungleichheit im Studium bisher in der Sozialforschung wie in der praktischen Hochschulpolitik zu wenig Beachtung gefunden.¹² Bildungspolitik, die an die strukturellen Ursachen der sozialen Ungleichverteilung von Bildungschancen heranreicht, ist als Gesellschaftspolitik im Allgemeinen und Verteilungspolitik im Besonderen zu konzipieren. Insbesondere darf sie Konflikte mit den Standes- und Verteilungsinteressen privilegierter gesellschaftlicher Gruppen nicht scheuen und hat sich konsequent auf die Beseitigung von Bildungsarmut und die Schaffung gleicher Bildungsrechte und Bildungsmöglichkeiten auszurichten. Ob hier strategische Allianzen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden möglich sind, bleibt abzuwarten.

Hochschule und wissenschaftliche Beruflichkeit

Die Notwendigkeit der stärkeren Ausrichtung der Studiengänge an den Arbeitsmärkten der Absolventen/innen ist unbestritten - und klärungsbedürftig zugleich. Für die Gewerkschaften haben Studium und wissenschaftliche Weiterbildung sowohl Bildungs- als auch Ausbildungsfunktionen. Das Studium soll die umfassende Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen und kritisches Reflexionsvermögen herausbilden. Keinesfalls soll sich ein Studium unmittelbar, enggeführt und ausschließlich an den Anforderungen der Arbeitswelt ausrichten. Zu Recht sind im Rahmen der Kritik am Bologna-Prozess die an der „Employability“ ausgerichteten Studiengänge als „Ablösung eines berufsständischen Modells“ gedeutet worden; als ein Wandel, in dem „der Markt den Beruf als Mechanismus

¹⁰ BDA/BDI (Hg.), Die Hochschule der Zukunft. Das Leitbild der Wirtschaft, o.O., Februar 2010, S. 12

¹¹ Vgl. Wolfgang Isserstedt u.a., Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland, 19. Sozialerhebung, ausgewählte Ergebnisse, Berlin 2010, S. 8 -13

¹² Vgl. Holger und Tino Bargel, Ungleichheiten und Benachteiligungen im Hochschulstudium aufgrund der sozialen Herkunft der Studierenden, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hg.) 2012, S. 113 - 141

der Kopplung von Bildung und Beschäftigung verdrängt.“¹³ Dagegen stehen die gewerkschaftlichen Forderungen, dass ein Studium auch als „wissenschaftliche Berufsausbildung“¹⁴ zu konzipieren sei. Dabei geht es keinesfalls darum, einer Rückkehr zu einem wie auch immer gearteten berufsständischen System das Wort zu reden. Vielmehr geht es um eine berufliche Orientierung der akademischen Arbeitsmärkte; und didaktisch um das Angebot, Studiengänge entlang des Ziels einer umfassenden und reflexiven beruflichen Handlungskompetenz zu konzipieren. Bildungspolitisch geht es nicht zuletzt um die Beförderung der durchaus nicht mehr illusorischen Option, das „Bildungsschisma“ zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung zumindest in Teilen zu überwinden. Insgesamt bestünde das Ziel in der Herausbildung einer integrierten Bildungspolitik, die als „bildungsbereichsübergreifende Reformpolitik“¹⁵ der Schaffung von mehr Durchlässigkeit dient, die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung zum Ziel hat und auf einem übergreifenden Konzept von Beruflichkeit basiert.

¹³ Robert Münch, Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform, Berlin 2011

¹⁴ Vgl. Gewerkschaftliches Gutachternetzwerk (Hg.), Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung, Berlin u.a., Oktober 2009

¹⁵ Vgl. Klaus Heimann, Ist die gewerkschaftliche Berufsbildungspolitik zukunftsfähig?, in: Eva Kuda u.a., Akademisierung der Arbeitswelt?, Hamburg 2012 u.a (s.o.), S. 361ff